

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft
Vertrieb: Auer Verlagsgesellschaft

Abonnementspreis: 12 Mark
Einzelheft: 20 Pfennig
Anzeigenpreis: 10 Pfennig

Verlag: Auer Verlagsgesellschaft, Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postbezugs-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 156

Sonnabend, den 7. Juli 1923

18. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Von Oberbürgermeister Dr. R. A. J., M. D. R.

Das in Genf der Völkerbundversammlung und neben anderen wichtigen Dingen über die Fragen des Saargebietes herdt, daß in Lausanne sich immer noch eine sogenannte Friedenskonferenz befindet, die Probleme des nahen Orients und die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland aus dem Stadium einer akuten Krise herauszuführen, und daß in anderen Verhandlungen zwischen Frankreich und England ein scharfer Streit über die künftige Gestaltung der Verhältnisse in Tanger ausgetobt wird, sind an sich Ereignisse von wesentlicher Bedeutung, aber sie treten doch vollkommen zurück gegenüber dem größten Weltkampf, der zwischen England und Frankreich in Mitteleuropa entbrannt ist. Die französische Taktik in diesem Kampf ist nach wie vor die gleiche geblieben, nach der britischen Seite hin endlose Verzögerung, nach der deutschen Seite hin täglich verstärkter Druck, um zum ersehnten Ziele zu kommen, ehe die Rücksicht auf den ehemaligen britischen Bundesgenossen dazu zwingt, in irgendwelche Verhandlungen einzutreten. Willkommenen Anlaß zu dieser Politik des Laubens gegenüber England gab bisher die belgische Ministerkrise. Nachdem aber nun nicht nur in Brüssel ein neues Kabinett Theunis zusammengeführt worden ist, kann dieser Grund nicht mehr angeführt werden. Wohl aber bemüht sich Frankreich täglich die belgische Regierung wieder ganz in ihr Abwasser zu bringen. Eine gemeinsame Antwort Frankreichs u. d. Belgiens auf den englischen Fragebogen müßte ja tatsächlich auch die Stellung Frankreichs wieder erheblich stärken.

Wie in England, so erwartet man auch in Deutschland die Stellungnahme Frankreichs zu den britischen Vorschlägen. Man darf sich jedoch nicht täuschen, daß mit der französischen Antwort irgend ein entscheidender Schritt noch nicht getan ist. Wie die Dinge jetzt liegen, ist jedoch wenig Hoffnung vorhanden, daß sich schon in kurzer Zeit ein Ausweg aus dem diplomatischen Wirrwarr ergibt. Unsommer müssen wir unsere Nerven, unsere Politik und unsere Wirtschaft auf weiteren Widerstand einrichten. In den letzten Tagen hat es den Anschein gewonnen, als ob einige Kreise ihre Kräfte verlieren und Resignation verpirken, von dem bisher geübten passiven Widerstand zu unbefonnenen Einzelakten überzugehen. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn das Bild des Herodes, welches die Führerschaft für Deutschland und für die Welt bietet, durch einzelne verbrecherische Taten getrübt würde. Darin liegt eben das Große und Gewaltige auf deutscher Seite, daß ein durch sinnlose Gewalttaten und durch planmäßige Bedrückung gewirkte Bevölkerung in stillem Heldennut ausscharrt. Wenn aber auf deutscher Seite mit Verbrechen geantwortet wird, dann sinkt das deutsche Verhalten in demselben Augenblick auf das gleiche Niveau herab wie das seiner Betende. Wenn menschlich betrachtet, kann man es natürlich verstehen, wenn unter den täglichen Grausamkeiten bei den einzelnen Menschen ein namenloser Haß gegen die Welt immer sich einstellt, und wenn eine Stimmung durchbrochen will wie sie etwa in den Worten verkörpert liegt: Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach den Gründen nicht! So verständlich das alles an sich ist, so gebietet doch gerade jetzt die Rücksicht auf Ball und Vaterland, sich selbst zu beherrschen und lediglich kühe Besonnenheit das Wort aller Handlungen sein zu lassen. Es ist nie deutsche Art gewesen — selbst in einem Kampf auf Leben und Tod nicht — zum Verbrechen als zu einem berechtigten Kampfmittel zu greifen.

Es hätte deswegen auch nicht des letzten Eingreifens des Papstes bedurft, der sich veranlaßt sah, gegen die im Ruhrgebiet vorgekommenen Gewaltakte Stellung zu nehmen, noch ehe der Tatbestand völlig einwandfrei festgestellt ist.

Der Papst ist zweifellos dem Drängen des französischen Gesandten beim Vatikan erlegen. Gerade wer die Stellung des Oberhauptes der katholischen Kirche gestützt sehen möchte, wird dieses Vorgehen des Papstes doppelt beklagen müssen. Wohl hätte es sich zunächst auch an die Adresse Frankreichs wenden und zur Nachgiebigkeit und Barmherzigkeit geraten, aber zu den von französischer und belgischer Seite begangenen Grausamkeiten, die doch eben erst den Anlaß zur vereinzelten Unbefonnenheit auf deutscher Seite gewesen sind, hat der Papst kein einziges Wort der Berurteilung gefunden, und doch wäre es wohl gerade für ihn geboten gewesen, wenn er überhaupt zu diesen Dingen das Wort ergreifen wollte zunächst ein Wort des heiligen Johannes und der höchsten Berurteilung für diese Schandthaten unserer Gegner zu finden. Der Papst hat seinen Subjektivismus XIV. kannte jedenfalls an dem, daß er, wie immer, keine Kampfnatur, aber es fand bei all seiner höchsten Ab-

geklärtheit doch damals Worte der schärfsten Berurteilung gegen das Vorgehen der Franzosen am Rhein, dem an menschlicher Barmherzigkeit das heilige Rom nicht nachsteht.

Verhandlungen über Verhandlungen.

Vor einer schriftlichen Antwort Poincarés.

Theunis bemüht sich um die Einheitsfront der Alliierten.

Man erwartet für Anfang nächster Woche eine schriftliche Antwort Poincarés, wenn auch immer wieder betont wird, daß die in Deutschland von Tag zu Tag sich immer schwieriger gestaltende Lage in London und namentlich auch in der City stark Beunruhigung hervorruft. Der Schwerpunkt der Politik hat sich aber wieder von London nach Paris verschoben.

Der offiziöse „Petit Parisien“ weist auf die schlimme Lage in Belgien hin, das augenblicklich eine noch schwierigere Krise durchläuft als Frankreich, da der belgische Franken bedeutend schlechter stehe als der französische. Belgien müsse alles daransetzen, um eine Einigung zwischen den Alliierten so rasch wie nur möglich durchzuführen. Theunis bemüht sich in diesen Tagen eine Zusammenkunft mit Poincaré zu erreichen um die gemeinsame Arbeit der beiden Länder in dieser schweren Stunde so eng wie nur möglich zu gestalten. Der „Globe“ warnt England vor der Möglichkeit einer Revolution. Wie auf Keneski Benin gefolgt sei, könne auf MacDonald der Kommunismus folgen. Die Zusammenkünfte anlässlich des Hafenarbeiterstreiks sollten Baldwin stark zu denken geben. In England sei eine Revolution um so weniger unmöglich, als die Regierung sich immer unfähiger zeige, die Voraussetzungen einer gesunden Innenpolitik zu erkennen. Indem England Deutschland schone, stärke es den äußeren und den inneren Feind. (1.)

Belgisch-französischer Meinungs-austausch.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ spricht die Hoffnung aus, daß die Ueberwindung der schriftlichen französischen Antwort auf Lord Curzon's Memorandum spätestens Ende dieser Woche vollzogen werde. Denn die britische Regierung könne die öffentliche Erklärung über ihre Politik nicht auf länger als bis zur Hälfte der nächsten Woche aufschieben. Der Korrespondent erklärt, daß gegenwärtig ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen Paris und Brüssel im Gange sei. Nicht nur das belgische Kabinett, sondern auch der Führer der liberalen Partei Admans, hegen den Wunsch, daß zwischen Großbritannien und Frankreich die engsten freundschaftlichen Beziehungen erhalten blieben. In Belgien sei man sehr besorgt über die Möglichkeit der Einleitung einer internationalen Sachverständigenkommission zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Englische Fragen und französische Antworten.

Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht den Wortlaut der drei ersten Fragen des englischen Fragebogens an Frankreich einschließlich der französischen Antwort wie sie der französische Botschafter an Lord Curzon abgegeben haben soll, wie folgt:

Erste Frage: Was meint die französische Regierung mit der Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet? Meint sie hiermit die Unterwerfung der Befanabteilung und die Zurückziehung der Verordnungen der deutschen Regierung, die der Bevölkerung des Ruhrgebietes den Widerstand befehlen?

Antwort: Die Zurückziehung der Verordnungen der deutschen Regierung.

Zweite Frage: Falls die französischen Bedingungen erfüllt sind, welche Milderungen wird dann die französische Regierung in der Art der Besetzung einleiten lassen, und wann wird die Besetzung beendet werden?

Antwort: Die Besetzung des Ruhrgebietes wird durch die Einstellung des passiven Widerstandes nicht beendet werden. Die genaue Art der künftigen Besetzung wird von gewissen Umständen abhängen. Wenn die von der deutschen Regierung unternommenen Schritte lokal erfüllt werden, und wenn der passive Widerstand wirklich eingestellt wird, dann wird die französische Regierung zu der unbedingten Besetzung zurückkehren, wie sie in den ersten Annahmestadien vor Beginn des passiven Widerstandes gehandhabt wurde. Wenn sich aber die deutsche Bevölkerung weigert, die französischen Besetzungsbedingungen zu befolgen, dann müssen die französischen Truppen zurückgehalten werden.

Dritte Frage: In der Annahme, daß die französische Besetzung in der einen oder anderen Form nach der Erfüllung der französischen Forderungen in bezug auf den passiven Widerstand ausbleibe, wie lange glaubt die

französische Regierung, daß die Besetzung dauern wird, um die gegenwärtige französische Politik durchzuführen?

Antwort: Die französischen Besetzungskräfte, und zwar die militärischen und die zivilen, werden entsprechend den deutschen Reparationszahlungen zurückgezogen werden. Die Besetzung könnte sofort beendet werden wenn Deutschland z. B. mit Hilfe einer internationalen Anleihe sofort Frankreichs Anteil an dem Reparationsplan vom Mai 1921 zu bezahlen beginnt. Die Besetzung des Ruhrgebietes (1) beenden würde hierzu bemerkt der „Manchester Guardian“, daß die endgültige Antwort noch nicht aufgesetzt sei, und daß deshalb im letzten Augenblick noch einige Änderungen eintreten könnten. Man müsse deshalb mit dem Urteil warten, bis die Antwort schwarz auf weiß in London sei. Es habe keinen Zweck, sich darüber zu täuschen, daß die Lage außerordentlich ernst ist, und daß die Schwierigkeiten nicht geringer geworden seien.

Ein neues französisches Ausbeutungsprogramm.

Der „Temps“ macht in einem Artikel den anscheinend von offizieller Seite inspirierten Vorschlag die ganze Diskussion über die Reparationen auf einen anderen Boden zu stellen. Die Lage so schreibt das Blatt, würde vollkommen ihr Aussehen ändern, wenn eine der Alliierten Regierungen folgende Methode vorschlagen würde:

Ohne augenblicklich die Gesamtsumme der deutschen Schulden zu diskutieren und auch ohne sich über den Betrag der Annuitäten zu unterhalten, würden die Alliierten beschließen, einerseits von Deutschland weder Zahlung in Gold noch in Devisen zu verlangen, die dazu führen könnten, daß die Stabilisierung der Weichwährung gefährdet werde, andererseits gemeinsam alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Sanierung der deutschen Finanzen zu beschleunigen und in den Grenzen ihrer Forderungen an der progressiven wirtschaftlichen Gestaltung Deutschlands teilzunehmen. Die in Frage stehenden Maßnahmen könnten nach dem englischen Sachverständigen Thorburn in folgender Weise erfolgen:

1. Währungsreform in Deutschland. 2. Kontrolle durch die Reparationskommission. 3. Garantien, die aufgestellt werden durch Verpfändung der Güter und Reichsteuern, die Deutschland besitzt. 4. Besondere zu zahlende Steuern zugunsten der Reparationen die von dem deutschen Immobilienbesitz zu zahlen sind. 5. Verbehalten der Abgabe von 20 Prozent auf die Devisen, die aus den Reparationen stammen. 6. Wegen der Besetzung des Ruhrgebietes, die nur ein Mittel ist, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen, könnten sich Frankreich und England, wenn es notwendig erweise, mit der deutschen Regierung in Verbindung setzen, um ein praktisches Mittel ausfindig zu machen, damit die progressive Stärkung ihrer Forderungen gesichert wird, d. h. ein Mittel, um graduelle die Forderungen in einen Rest von Werten, die auf allen Märkten gehandelt werden und geeignet sind, als internationale Zahlungsmittel zu dienen, umzuwandeln.

„Unabweisliche Politik“

In der Nachmittagsitzung der Reichstagskammer war Abgeordneter Marcel Cachin (Kommunist) erneut die Frage auf, ob es zuträfe, daß die französische Regierung separatistische Agenten in Bayern subventioniert habe. Der die Regierung vertretende Minister Reibel erwiderte, eine Beantwortung der Frage durch den Ministerpräsidenten sei zurzeit nicht möglich, er müsse aber den dahingehenden Behauptungen aufs Entschiedenste widersprechen. Die französische Regierung verfolge in Deutschland eine sehr klare und unabweisliche und auch sehr offene Politik, welche die Weisheit der Kammer gebilligt habe und die Regierung bebaue, daß Cachin und seine Freunde sich ihr nicht anschließen. Cachin antwortete: Darauf können Sie lange warten!

Ein Schritt des Papstes in Paris und Brüssel.

Auf die Nachricht von verstärkten Maßnahmen des französischen und belgischen Regierungen in den besetzten deutschen Gebieten wegen des Artentates vom 30. Juni hat die Kurie die Signaturen in Paris und Brüssel telegraphisch anzuweisen, bei der französischen und belgischen Regierung Vorstellungen zu erheben und mitzuteilen. Seine Heiligkeit erwartet, daß seine Maßnahmen ergriffen würden, die zu noch stärkerer Erbitterung der Gemüter mit entsprechenden schmerzlichen Folgen führen könnten.